

Eingegangen im Sekretariat
der Geschäftsstelle des
Stadtrates
10.09.2020



5191

The

Änderung des Einreichers zum Beschlussantrag Nr. BA-090/2020

an den Stadtrat zur Sitzung am 23.09.2020

Einreicher:

Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI,
Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

öffentlich gemäß § 37 SächsGemO

Gegenstand:

Digitalisierungsstrategie für Chemnitz

Änderung (Ergänzung/Streichung/Ersatz durch Alternative)

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, ein Konzept für eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt Chemnitz zu erarbeiten.

Dafür wird eine Arbeitsgruppe gebildet, der Vertreter:innen aus folgenden Bereichen angehören sollen:

- Amt für Informationsverarbeitung
- Vertreter:innen der TU Chemnitz aus den Fachrichtungen Informatik; Soziologie; Sensorik und kognitiver Psychologie
- Behindertenbeauftragte
- Migrationsbeauftragte
- Gleichstellungsbeauftragte
- Datenschutzbeauftragte
- Personalrat der Stadtverwaltung Chemnitz
- Vertreter:in aus den Gewerkschaften
- Vertreter:innen aus der lokalen IT-Branche, die im Bereich Digitalisierung von (Geschäfts)Prozessen arbeiten
- Vertreter:in des FOG-Institutes für Markt- und Sozialforschung

Weiterhin sollen dieser Arbeitsgruppe je ein/e Vertreter/in der Fraktionen angehören. Weitere Expert:innen sowie Fachämter wie z.B. die CWE, das Umweltamt oder das Schulrechenzentrum können anlassbezogen einbezogen werden.

Die Arbeitsgruppe soll sich u.a. mit folgenden Schwerpunkten beschäftigen:

- Analyse, welche Bereiche in der Kommune sind schon digitalisiert; wo gibt es da noch Verbesserungsbedarf; wo bestehen noch Lücken?
- Bedarfsermittlung der Bevölkerung: Womit ist den Bürger:innen am meisten geholfen?
- Analyse, wie man die Digitalisierung für alle Menschen in Chemnitz leicht zu bedienen, sicher und barrierefrei umsetzen kann
- Auswirkungen der digitalen Arbeit auf die Verwaltungsmitarbeiter:innen sowie deren Qualifizierungsbedarf, Ausstattungskonzepte und Möglichkeiten für mobile Arbeitsplätze oder Homeoffice
- Umfassendes Datenschutzkonzept und Standards für die Sicherheit der Datenerhebung,

- Datenübertragung und Datenspeicherung
- Prüfung der Einsetzbarkeit von Open-Source-Lösungen
 - Bevorzugte Nutzung dezentraler Infrastruktur und Software-Ansätze, Betrachtung des langfristigen Wartungs- und Energiebedarfs
 - Erstellung eines Umsetzungszeitplanes in mehreren Iterationsstufen mit Acceptance Tests der Prototypen nach jeder Entwicklungsstufe
 - Einhaltung der Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes, der Standards der Institutionen Föderale IT-Kooperation (FitKo)) und der E-Government-Agentur und Nutzung des Servicestandard für die OZG-Umsetzung des Servicestandard-Selbstaudit für die Planung und Durchführung der Entwicklung und des Betriebes
 - Zusammenarbeit mit dem Zweckverband KISA, mit anderen Kommunen und dem Freistaat Sachsen bzgl. möglicher Schnittstellen und Erfahrungen
 - Prüfung und Nutzung möglicher Fördermittel und finanzieller Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit mit den Vorgenannten
 - Teilhabe von Bürger:innen, die keinen Online-Zugang haben

Das Konzept soll dem Stadtrat bis zum 4. Quartal 2021 vorgelegt werden.

Begründung:

Nicht erst die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Digitalisierung in vielen kommunalen Bereichen sehr hilfreich und wichtig sein kann. Sei es die digitale Bildung, die Kommunikation innerhalb und mit der Verwaltung oder auch in Mobilitätsfragen.

Digitalisierung ist aber nicht einfach nur die Bereitstellung von Hard- und Software, sowie nicht der digitale Zwilling eines analogen Vorgangs. Wie sich bereits im Prozess im Stadtrat bzgl. der Diskussion um eine „Bürger:innen-App“ zeigte, besitzt so ein Projekt eine Größe und Komplexität, welche nicht mehr durch Einzelpersonen und Fachfremde zu bewältigen ist. Die benötigte Expertise umfasst dabei weit mehr als nur einen Fachbereich, weit mehr als nur Wissen über Informationstechnologie und Datenverarbeitung.

Es ist daher dringend angeraten die Aufgabe der Erstellung des iterativen Konzeptes auf mehrere, versierte Schultern zu verteilen und in enger Abstimmung mit dem Stadtrat ein Konzept zu entwickeln, welches nicht nur die technischen Aspekte sondern auch Aspekte des Mehrwertes und der Einsetzbarkeit im Alltag der Chemnitzer:innen in den Fokus nimmt. Dabei müssen viele Fragen geklärt werden: Sind Datenschutz, IT-Sicherheit und Einbeziehung der Einwohner:innenschaft gesichert und dokumentiert? Sind die Auswertungsmöglichkeiten auf die Vereinbarten beschränkt? Sind die gespeicherten Daten (Datenfeldkatalog) beschrieben? Sichern die eingegangenen Vertragsverpflichtungen dass unabhängige Handeln und die Sicherung der Datenhoheit der Kommune? Nur um ein paar zu nennen.

Ziel soll es sein, alle Bereiche in Chemnitz auf die Möglichkeit und Kosten ihrer Digitalisierung zu überprüfen; immer mit dem Fokus auf die Menschen, die es nutzen sollen. Die Städte Dortmund (<http://gleft.de/3UV>) und München (<http://gleft.de/3UW>) könnten dabei bei der Erarbeitung eines solchen Konzeptes als Vorbilder dienen.

i. A. Anja Schale i. A. Susann Mäder

Unterschrift